

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Gorißen.

**Silke Gorißen,** Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Bedeutung alter Kultursorten für die Agrobiodiversität, die genetische Vielfalt von Kultursorten und das kulturelle Erbe sind unstrittig, und der Schutz alter Kultursorten und ihrer wertvollen Eigenschaften ist wichtig und sinnvoll.

Dennoch ist der Inhalt des Antrags der Fraktion der AfD abzulehnen. Monokulturen spielen in Nordrhein-Westfalen keine Rolle und sind für den Verlust von alten Kultursorten sicher nicht entscheidend. Bei der AfD wird Hybridsaatgut mit Patenten auf Sorten und Terminator-Gentechnologie gleichgesetzt. Meine Damen und Herren von der AfD, das sind völlig unterschiedliche Sachverhalte.

Von der neuen EU-Saatgutverordnung, die Sie anführen, die zu kritisieren sei, liegt bislang noch nicht einmal ein Entwurf vor. Die AfD fordert, dass die Landesregierung zu Maßnahmen zur Erfassung, zum Erhalt und zur finanziellen Förderung sowie zur Verteilung von Saat- und Pflanzgut alter Kultursorten aufgefordert werden soll. Des Weiteren fordert sie, den Anbau von Energiepflanzen zurückzufahren und die geplante EU-Saatgutverordnung kritisch zu begleiten, vor allem im Hinblick auf Saatgutverfügbarkeit alter Sorten und die Risiken von Patenten auf Pflanzensorten.

Diese Forderungen an die Landesregierung sind abzulehnen. Einige der aufgeführten Maßnahmen werden in Nordrhein-Westfalen seit Langem umgesetzt. Die Landesinitiative „Pflanzengenetische Ressourcen“ ist in Deutschland beispielhaft. Dazu gehört auch der Obstwiesenschutz. Hier sind Netzwerke mit Anbauern, Saatgutinitiativen, Verarbeitern und Vermarktern entstanden, die seit vielen Jahren gut funktionieren.

Nordrhein-Westfalen arbeitet aktiv am Nationalen Fachprogramm zum Erhalt pflanzengenetischer Ressourcen mit. Hier sind Zusammenarbeit und Kooperation gefragt und ist ganz sicher kein Bedarf an parallel landesspezifischen Strukturen gegeben.

In Deutschland dokumentiert die Rote Liste der gefährdeten einheimischen Nutzpflanzen seit Jahren die Gefährdungssituation von pflanzengenetischen Ressourcen. Sie umfasst derzeit über 2.600 Einträge von Nutzpflanzenarten bzw. deren Sorten, Landsorten oder Varietäten.

Die Erfassung alter Obstsorten für Nordrhein-Westfalen ist Teil der Landesinitiative „Pflanzengenetische Ressourcen“.

Den Anbau von Energiepflanzen für den Rückgang alter Kultursorten verantwortlich zu machen, entbehrt jeder Grundlage. Auf diesen Flächen wurden auch vorher keine alten Sorten angebaut.

(Beifall von der CDU)

Wie ich bereits sagte, liegt ein Entwurf einer neuen EU-Saatgutverordnung bislang noch nicht einmal vor. Nordrhein-Westfalen wird die weiteren Diskussionen dazu aber kritisch begleiten und dabei auch die Interessen aller Akteure berücksichtigen.

Dazu bedarf es indes keinerlei Aufforderung an die Landesregierung. Was bereits alles passiert, habe ich Ihnen hiermit vorgetragen und konnte man auch schon den Reden meiner Vorredner entnehmen.

Meine Damen und Herren, die AfD hat in ihrem Antrag auch vielfach dokumentierte und unstrittige Tatsachen dargelegt. Aber sie hat insbesondere überflüssige Forderungen formuliert, weil diese bereits entweder umgesetzt werden oder schlichtweg nicht nachvollziehbar und auch fachlich falsch sind. Der Antrag der AfD ist, meine ich, daher abzulehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit befinden wir uns am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/3643 an den Ausschuss für Umwelt, Natur und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung** bei Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **angenommen**.

Wir kommen zu:

## **9 Vernetzung aller Mobilitätsformen durch Mobilstationen fördern**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/3674

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU dem Kollegen Krauß das Wort.

**Oliver Krauß** (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie kommen wir jetzt von Äpfeln zu Mobilstationen? Wer beim Einkaufen auf sein Auto verzichtet und stattdessen mit dem Fahrrad fährt, spart so viel CO<sub>2</sub>, dass er 3,3 kg Äpfel kaufen könnte.

Das Fahrrad hat in NRW einen neuen Stellenwert. Seit Januar 2022 stellt das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz das Fahrrad auf eine Stufe mit anderen Verkehrsmitteln. Pedelecs und E-Bikes erzielen Reichweiten wie früher Mofa und Moped. Die Tarife von eezy.nrw und das Deutschlandticket: Mobilität sprengt bisherige Grenzen. Wie nie zuvor ist Mobilitätsmanagement Veränderungsmanagement. Die Emissionen müssen bis 2030 auf 85 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> runter, und dafür bedarf es einer klimafreundlichen Mobilität. Mobilstationen leisten dazu einen entscheidenden Beitrag, sie verknüpfen die Nutzung von traditionellen Verkehrsmitteln wie Rad oder Auto mit öffentlichen Verkehrsmitteln, beispielsweise durch Park-and-ride- und Bike-and-ride-Anlagen an Bahnhöfen und anderen Knotenpunkten.

Aufgrund der verbreiteten Nutzung von digital- bzw. Smartphone-basierten Informations- und Mobilitätsangeboten ermöglichen sie darüber hinaus einen einfacheren Zugang zu neuen flexiblen Mobilitätsformen oder Sharingangeboten für Auto und Fahrrad. Besonders in städtischen Gebieten sollen Mobilstationen – dort werden sie auch Mobilitätshubs genannt – eine intermodale Verknüpfungsfunktion übernehmen und die multimodale Mobilität fördern. Der Standort sollte arbeits- und wohnortnah und gleichzeitig eng mit dem öffentlichen Verkehr verbunden sein. Ziel ist es, den Umweltverbund zu stärken und wertvolle Flächen im öffentlichen Raum für andere Nutzungen zu gewinnen.

In ländlichen Räumen sollten Mobilstationen mit anderen Funktionen, wie einem Dorfladen, einer Paketstation, Schließfächern oder Bildungs- bzw. Verwaltungsstätten kombiniert werden. Wünschenswert ist eine hohe Aufenthaltsqualität durch attraktive Wartebereiche, einen Kiosk oder ein Café.

Mehr Mobilität, weniger Verkehre – NRW ist Pionier darin, Chancen der Digitalisierung zu nutzen, nahtlos zu kombinieren und Reiseketten von einzelnen Verkehrsträgern unabhängig zu machen.

(Carsten Löcker [SPD]: Und zwar seit mehreren Jahren, deswegen braucht man den Antrag auch noch einmal dringend!)

Der NRW-Zukunftsvertrag sieht die Förderung von 1.000 neuen Mobilstationen vor. Das Land ist Fördergeber und Partner der Mobilstationen. Das Zukunftsnetz Mobilität NRW in der Koordination unserer Verbände NWL, VRR und VRS macht Verkehrsverbände zu Mobilitätsverbänden und bietet Potenzial- und Standortanalysen. Das Zukunftsnetz Mobilität

NRW koordiniert, informiert und schafft einheitliche Hintergrundsysteme. Leitmarkierung ist: Aus den einzelnen Mobilstationen ergibt sich dann ein ganzes Netz aus Mobilstationen. Nur dann können sich die Potenziale von Mobilstationen voll entfalten. Dieses Netz funktioniert aufgrund der Knoten und der Prägnanz vor Ort: Wohnort, Schule, Arbeit, Nahversorgung.

Aber eine Mobilstation braucht die Nutzerinnen und Nutzer. Die Verkehrswende braucht sie. Und so muss die Qualität sein: ein ideales Angebot zu bieten, um sich individuell zu bewegen, ihre Funktion zu erfüllen, Transparenz und einen Wiedererkennungseffekt zu schaffen.

NRW hat die Förderrichtlinie Mobilitätsmanagement im vergangenen Jahr aktualisiert, bietet höhere Fördersätze und umfasst neue Tatbestände wie betriebliches Mobilitätsmanagement. Wir müssen die dauerhafte Finanzierung sicherstellen. Die Kompetenzzentren und das NRW.Mobidrom erarbeiten datentechnische Grundlagen für Mobilitätsanwendungen, die einfaches Planen, Buchen und Bezahlen ermöglichen, Mobility-as-a-Service

Wir greifen die Forderung des NRW-Städtetages auf, für nachhaltige Mobilität in Stadt und Region aktiv zu werden, digitale Transformation zu gestalten und für handlungsfähige Verwaltung zu sorgen. Mit unserem heutigen Antrag stellen wir uns an die Seite der Landesregierung. Wir wollen weiterhin Tempo für einen Mobilitätsstil machen, der nicht zwingend ein eigenes Auto erfordert. Sowohl im Siedlungsbestand als auch bei Neubauprojekten sollen Mobilstationen zu den Kernbestandteilen einer nachhaltigen Infrastrukturstrategie gehören. Dafür bitten wir Sie um Unterstützung. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Auch Ihnen einen herzlichen Dank, Herr Kollege Krauß. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Kollegin Postma.

**Laura Postma** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sobald wir das Haus verlassen, sind wir mobil. Mobilität geschieht also alltäglich. Mobil zu sein, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und ein Stück Freiheit. Mobilität und die Art, wie wir uns fortbewegen, entscheidet sich dabei jeden Tag sogar mehrfach, wenn wir zum Beispiel frühmorgens überlegen, wie wir am besten zur Arbeit oder zu einem Termin kommen, oder wenn wir am Nachmittag überlegen, wie wir am besten den Einkauf mit dem Sport verbinden können. Dabei wählen wir meist ganz intuitiv die bequeme Variante, eine Variante, bei der man sich nicht viele Gedanken um Umstieg oder Verkehrsmittel machen muss.

Die derzeitige Situation sieht dabei vielerorts noch so aus, dass unsere alltäglichen Wege von vielen Ungewissheiten geprägt und eben nicht bequem sind, insbesondere wenn ein eigenes Fahrzeug keine Option ist. Da stellen sich dann mehrfach am Tag Fragen wie: Kann ich mein Fahrrad überhaupt sicher am Bahnhof abstellen? Ist es heute Abend noch da? Gibt es die Möglichkeit, schnell und unkompliziert mit einem Bus zum nächsten Bahnhof zu gelangen? Finde ich einen Parkplatz, an dem ich mein Auto abstellen kann? Wie komme ich die letzten Meter vom Bahnhof bis zum Ziel?

Mobilstationen bündeln dabei verschiedene Verkehrsangebote und verknüpfen sie klug miteinander. Sie sind wichtiger Bestandteil moderner, vernetzter Mobilität. Das geschieht durch ein Verknüpfen von sicheren Fahrradabstellanlagen mit Bus- und Bahnhalttestellen, Car- und Bike-Sharing, On-Demand-Verkehren, Park-and-Ride-Anlagen und E-Ladestationen. Mit dem Fahrrad zum Bahnhof, mit dem Zug in die nächste Stadt und mit Carsharing die letzten Kilometer bis zum Ziel – ein reibungsloser und barrierefreier Umstieg zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern macht flexible Mobilität ohne das eigene Fahrzeug möglich und trägt zum Klimaschutz bei.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Darüber hinaus sind Mobilstationen Orte der Begegnung und sollten Aufenthaltsqualität bieten, damit Menschen sie auch gerne nutzen. Wir von CDU und Grünen wollen diese Vernetzung aller Verkehrsträger noch weiter intensivieren und mindestens 1.000 zusätzliche Mobilstationen in NRW fördern, und zwar durch eine gezielte Unterstützung unserer Städte und Gemeinden beim Ermitteln und Entwickeln geeigneter Flächen für diese Stationen – in urbanen Lagen ebenso wie im ländlichen Raum, in Wohnquartieren ebenso wie an Bahnhöfen.

Dabei wollen wir prüfen, wie die Förderung von Bau und Betrieb der Stationen vereinfacht werden kann, gerade mit Blick auf unterschiedliche Förderzugänge und eventuell unterschiedliche Antragstellende für einzelne Mobilstationselemente.

Außerdem wollen wir uns bei Bund und Bahn dafür einsetzen, dass die Errichtung von Mobilstationen gerade an Bahnhöfen und Haltepunkten stärker unterstützt wird und dafür zum Beispiel verstärkt Flächen zur Verfügung gestellt werden. Um Mobilstationen für alle Menschen in allen Lebenslagen zugänglich zu machen, sollten diese Angebote baulich so gestaltet werden, dass sie Sicherheit bieten und vor allem barrierefrei zugänglich sind.

Der Klimawandel wartet nicht. Um unsere Klimaziele zu erreichen, brauchen wir einen guten und wettbewerbsfähigen ÖPNV; einen ÖPNV, mit dem es Spaß macht, morgens zur Arbeit zu fahren, weil wir nicht

mehr lange über unseren Weg nachdenken müssen, und mit dem wir reibungslos von A nach B kommen.

Mobilstationen leisten hierzu einen wichtigen und entscheidenden Beitrag. Deswegen freue ich mich über breite Unterstützung für unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Postma. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Löcker.

**Carsten Löcker**<sup>\*)</sup> (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr Antrag erscheint wie bereits mehrere andere von CDU und Grünen als das, was er ist: als ein Alibiantrag. Man könnte auch sagen, dass dieser Antrag ein nochmaliges Ersuchen an die Landesregierung ist, Dinge zu tun, die bereits seit mehreren Jahren erfolgreich in diesem Land getan werden.

(Zuruf von Klaus Vossemer [CDU])

– So sieht es aus.

Nichts davon ist umstritten. Das ist seit vielen Jahren so. Es werden erfolgreich Mobilstationen gebaut, dieser Tage auch in meiner Stadt. Deshalb ist zum Sachstand eigentlich alles gesagt. Wofür Ihr Antrag nötig war, kann ich nicht wirklich nachvollziehen.

Ergänzt um den üblichen Fingerzeig nach Berlin und die notwendige Sensibilisierung der Kommunen wird schnell deutlich, was die Idee hinter Ihrem Antrag ist: Es ist der Appell an andere, bitte mehr zu tun.

(Zuruf von Oliver Krauß [CDU])

Ein Blick auf die eigenen operationalisierten Maßnahmen? Fehlanzeige.

(Beifall von Dr. Bastian Hartmann [SPD])

Dieser Antrag besteht aus nichts anderem als Worthülsen mit paraphrasierterem Schönsprech. Beispiele? Immer gerne. „Städte und Gemeinden [...] zu sensibilisieren.“ – Aha. „Zu prüfen, wie die Förderung von Bau- und Betrieb der Mobilstationen vereinfacht werden kann.“ – Aha. „Angebote so zu gestalten, dass sie für alle Generationen und Lebenslagen attraktiv sind.“ – Aha.

(Heiterkeit von Anja Butschkau [SPD])

Genau das ist paraphrasierter Schönsprech. Dieser Antrag zeigt sehr deutlich: Sie wollen gar nichts tun, sondern andere auffordern, endlich tätig zu werden.

Bei diesem Antrag müsste man eigentlich von Lach- und Sachgeschichten sprechen. Es sind Sonntagsreden von moderner Mobilität, die Sie hier vortragen. Was wäre denn die Alternative? Darüber heute zu diskutieren, hätte sich gelohnt. Es wäre nämlich eine

konkrete Novelle des Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes, und zwar mit einem konkreten Leistungsgesetz und klaren Maßnahmen zu Finanzmitteln. Das wäre doch mal eine neue Initiative gewesen. Das hätte möglicherweise Gemeinden und Institutionen animiert, mehr zu tun.

Aber allgemeine Appelle ohne entsprechende Finanzmittel sind wirklich Lach- und Sachgeschichten. Anders kann man es wirklich nicht mehr beschreiben.

Diesen Antrag braucht es aus unserer Sicht überhaupt nicht. Deswegen mache ich es ganz kurz und fasse zusammen: Wir sehen hier eher die Sekundierung Ihres eigenen Wahlprogramms. Das können Sie gerne machen, gerne auch wiederholt in den nächsten fünf Jahren. Tun Sie das. An Initiative können wir an der Stelle nichts erkennen.

Die direkte Abstimmung weist darauf hin, dass Sie gar nichts Neues planen. So sieht es nämlich aus, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von den Grünen. Nichts Neues planen Sie; nicht wirklich.

(Beifall von Christin Siebel [SPD])

Sie scheuen auch die Debatte im Fachausschuss. Sonst hätten Sie hier ja eine Überweisung angemeldet. Stattdessen wollen Sie direkt abstimmen. Das können Sie gerne tun. Es ist aber ein Antrag für die Galerie, ohne sich um die tatsächlichen Problemstellungen zu kümmern, allen voran die bis heute unbeantwortete Frage nach der sozialen Ausgestaltung des 49-Euro-Tickets und der Tarifform. Das ist doch das, was die Menschen in diesem Land wirklich interessiert.

(Beifall von der SPD und der FDP – Zurufe von Martin Metz [GRÜNE] und Laura Postma [GRÜNE])

Oder der Ausfall und die Unpünktlichkeit von Bahnen: Das ist es doch, was die Menschen in diesem Land interessiert.

(Beifall von der SPD und der FDP – Widerspruch von den GRÜNEN)

Stattdessen behandeln Sie hier Anträge, in denen Sie Appelle an andere abgeben, die mal endlich etwas tun sollten. Sie sind in der Verantwortung. Sie müssen was tun.

Also: Fangen Sie endlich an, zu arbeiten, und hören Sie auf, uns mit Anträgen zu beschäftigen, die nichts anderes sind als lange Strecke.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU] – Zuruf von Martin Metz [GRÜNE])

So war es auch bei dem Appell Ihres Ministers gestern. Wenn es nämlich konkret wird, um die soziale Ausgestaltung der Ticketform in Ordnung zu bringen, kündigt Ihr Minister lange Strecke an. Das dauert

noch Monate. Darauf haben sich die Menschen einzustellen.

Deshalb sage ich: Es ist ein politisches Armutszeugnis, was Sie hier abliefern. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herr Kollege, es besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage, falls Sie die zulassen möchten, von der Kollegin Besche-Krastl.

**Carsten Löcker**<sup>\*)</sup> (SPD): Das tue ich natürlich gerne. Ich habe doch noch eine Minute gut. Bitte, in meiner Redezeit dürfen Sie mich gerne etwas fragen.

**Ina Besche-Krastl** (GRÜNE): Vielen Dank. – Ich habe eine Frage, Herr Löcker. Wir hatten vor Kurzem im Verkehrsausschuss schon den Antrag zur Absicherung der SPNV-Qualität, den Sie abgelehnt haben. Auch da haben Sie gesagt, das war ein Sowieso-Antrag.

Jetzt stelle ich Ihnen folgende Frage: Wie ist es Ihnen recht, wie wir unsere Regierungsarbeit machen? Wenn wir uns um die drängenden Themen kümmern, dann ist es Ihnen nicht recht, und wenn wir sagen, dass wir Sowieso-Themen machen, heißt es, wir kümmern uns nicht um die drängenden Fragen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Herr Kollege, Sie können jetzt die Zwischenfrage beantworten.

**Carsten Löcker**<sup>\*)</sup> (SPD): Die Frage beantworte ich natürlich gerne. Es ist die gleiche Form des Antrags gewesen wie von dem, der heute vorliegt. Konkret finanziell haben Sie gar nichts vorgelegt. Sie haben Appelle an den Bund weitergeleitet – das dürfen Sie auch, und das ist auch richtig –, dass der Bund in der Verantwortung ist. Aber wo ist das Landesgeld für die entsprechenden Initiativen?

Einmalig 200 Millionen Euro auf den Tisch zu legen und dann in die Öffentlichkeit zu posaunen, das sei ausreichend und der Bund müsse sich in der Sache mal anstrengen, dazu sage ich: Das ist viel zu kurz gesprungen. Wir werden ein finanzielles Engagement des Landes brauchen, was den Ausbau angeht.

Ich hatte hier auch Vorschläge eingebracht, zu „Robustes Netz III“ und „Robustes Netz IV“ zum Beispiel. Der heutige Ministerpräsident ist ja mit gutem Beispiel vorangegangen, indem er 120 Millionen Euro

dafür zur Verfügung gestellt hat, dass Gleise und Schienen in Ordnung gebracht werden.

Was haben Sie denn vorgeschlagen? Außer Appellen an den Bund nichts. So sieht es nämlich aus. Und deshalb meine letzte Antwort auf diesen Antrag: Heiße Luft und mehr nicht.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Löcker. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Rasche.

**Christof Rasche (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage „Welche Initiative hätten wir uns den gerne gewünscht?“ greife ich auch noch gerne auf und möchte den Kollegen gerne ergänzen.

ÖPNV: Sicherung des Basisverkehrs auf der Schiene. Der Bund hat insgesamt 541 Millionen Euro für 2022, 23, 24 zur Verfügung gestellt. Ihr Koalitionsvertrag besagt, dass Sie jeden Euro, den der Bund zusätzlich gibt, noch mal drauflegen. Das macht zusammen 1,1 Milliarden Euro, und Sie geben davon 200 Millionen Euro weiter. Der Rest versickert irgendwo. Das ist ÖPNV-Politik von Schwarz und Grün pur. Das muss sich ändern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Kommen wir aber jetzt zu diesem Antrag. Sie weisen auf die Wichtigkeit von Mobilitätsstationen hin. Das stimmt, und das ist eine weitere Erfolgsgeschichte der alten Koalition von CDU und FDP. Wir haben die nämlich massiv gefördert. Oliver Krauß als Kollege der CDU hat gerade die Funktion dieser Erfolgsgeschichte im Einzelnen erklärt.

Aus Ihren Reden und aus dem Antrag könnte man den Verdacht schöpfen, Nordrhein-Westfalen hätte hier großen Nachholbedarf gegenüber anderen Bundesländern und wir müssten da was tun. Vielleicht müsste man sogar Bundesländern nacheifern, wo schon über Jahre grüne Verkehrsminister ihr Amt ausüben. Baden-Württemberg – da ist ein grüner Verkehrsminister schon seit Jahren am Werk – hat 34 Mobilitätsstationen. Nordrhein-Westfalen hat 111.

(Carsten Löcker [SPD]: So sieht es aus!)

Wir wissen, dass in vielen Regionen zusätzliche Stationen in Planung sind oder schon bald eröffnet werden. Kollege Krauß hat darauf hingewiesen, dass alle drei Zweckverbände unterwegs sind und ein sogenanntes Zukunftsnetz entwickelt haben. Es läuft also schon alles, auch ohne Landesregierung. Es ist alles gut auf dem Weg.

(Beifall von Carsten Löcker [SPD])

Nordrhein-Westfalen handelt vorbildlich. Deshalb bedarf es dafür, für diese Selbstverständlichkeit der guten Arbeit, keinen Antrag.

Einen Satz der Beschlussfassung muss man sich noch mal auf der Zunge zergehen lassen: „Mobilitätsstationen sind wichtige Bestandteile moderner Mobilität“. Das klingt, als liefen Sie dieser supertollen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen hinterher. Diese Erkenntnis ist doch wirklich pure Selbstverständlichkeit.

Ich durfte eben die Rede von Ministerin Gorißen genießen. Zum Schluss sagte Sie – Zitat –: Die Forderungen an die Landesregierung sind abzulehnen. Die Forderungen werden bereits erfüllt.

Mit der gleichen Argumentation müsste die Koalition von CDU und Grünen den eigenen Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Esser.

**Klaus Esser<sup>\*)</sup> (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Bürger! Der von den regierungstragenden Fraktionen hier eingebrachte Antrag mutet ein wenig an, wie ein anderer Antrag vor einigen Monaten. Kollege Löcker hat es vorhin auch erwähnt, dass wir diesen Stil hier im Hause schon öfter erlebt haben. Da lautete der Antrag: Nahverkehr muss verlässlich sein.

„Selbstverständlich“, denkt man sich da. Niemand würde ein solch selbstverständliches Ansinnen ernsthaft bestreiten. Doch Lösungen und konkrete Maßnahmen fehlen, auch leider in diesem Antrag. Es sind vor allem Zahlen und Quellen, die fehlen.

Da wird im Antrag eine schöne neue, vorrangig grüne Verkehrswelt mit blumigen Worten gezeichnet – die CDU tut sich ja leider keinen Abbruch, sich da anzuschließen –, und am Ende stehen in der Beschlussfassung Allgemeinplätze, Bitten und Aufforderungen an die eigene Landesregierung, doch bitte verstärkt für Mobilitätsstationen tätig zu werden. „Macht mal irgendwie mehr da in diesem Bereich“, könnte man den Antrag verkürzt subsumieren.

Aber so weit, so gut. Man denkt ja als optimistischer Abgeordneter, dass die Landesregierung eigentlich von den eigenen Fraktionen nicht zum Arbeiten aufgefordert werden müsste und wohl aus sich heraus tätig wird. Bemerkenswert, dass es anscheinend dennoch nötig ist. Aber lassen wir das einfach mal so im Raume stehen.

Sie sprechen in Ihrem Antrag selbst die Förderrichtlinie Mobilitätsmanagement an. Dort wird ziemlich

genau definiert, wie eine Mobilitätsstation auszusehen hat. Im Wesentlichen sind es Stelen mit Wegweisern und Infotafeln. Eigentlich recht simpel, dennoch feiert die Landesregierung voll kindlichem Stolz dies wie eine bahnbrechende Neuerung.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine ironische Überspitzung: Wie sieht wohl so eine Mobilstation aus, wenn sie fertig ist? Zum Beispiel wird dann im Dorf, wo die Durchfahrtsstraße klassisch an der Kirche vorbeiführt, eine Infotafel aufgestellt. Dort steht dann: 20 m geradeaus fährt der Bus, und 10 m nach links kann man Fahrräder abstellen. Kostenpunkt dafür: 15.000 Euro.

Aber vielleicht legen wir noch eine Uhr für 1.000 Euro obendrauf, dann muss man auch nicht mehr den Kopf recken und an die Kirchenuhr schauen, um die Zeit zu erfahren. Das ist ganz fantastisch, da haben wir einen vollen Erfolg. Ich würde vorschlagen: Ministerpräsidenten ranholen, sündhaft teures Foto machen und ab zur nächsten Infotafel.

Dieses Mal dann in eine Stadt zum Bahnhofsvorplatz. Dort steht dann tatsächlich zusätzlich auf der Infotafel, dass sich hinter Ihnen der Bahnhof befindet. Das haben Sie aber wahrscheinlich auch selber schon bemerkt. Und weil die Bildschirme der Bahn in und am Bahnhof irgendwie doof sind, legen wir hier einfach noch einen Bildschirm obendrauf. Auch hier Kostenpunkt: Zusätzliche 15.000 Euro. Klasse!

Aber Sie wollen ja nicht nur den Verkehr, sondern Sie wollen ja gleich die ganze Gesellschaft verändern – mit Mobilitätsstationen, versteht sich. Dafür sollen diese Infotafeln – das ist ein Zitat aus Ihrem eigenen Antrag – zu Orten der Begegnung werden. Fantastisch!

Na klar, was macht man an einem langweiligen Sonntagabend auf dem Land? Man trifft sich jetzt neuerdings an der Bushaltestelle. Schließlich gibt es da jetzt diese fetzige neue Infotafel und eine neue Sitzbank. Das ist fast schon vergnügungssteuerpflichtig.

Oder in der Stadt. Sie wissen nicht wohin? Dann ab zur Mobilitätsstation, dem neuen Ort der Begegnung. Denn durch die stylischen Infotafeln kommt jetzt ganz neues Flair in NRWs Kleinstädte. Einfach mal wieder ein bisschen am Bahnhof abhängen!

Ihr Ort der Begegnung wird bestenfalls zum neuen Treff der erlebnisorientierten Event- und Partyszene, wenn es schlecht läuft zum neuen Drogenumschlagplatz.

Der Nutzen Ihres Antrags ist insgesamt äußerst gering, die Kosten aber gehen in die Millionen. Schauen wir uns konkrete Zahlen an. VRR und NVR haben bereits ihre Haltestellen geprüft und in einem Gutachten festgehalten, wo überhaupt eine Mobilitätsstation erreicht werden kann. Im NVR sind es gerade

einmal 455 Haltestellen von insgesamt 9.600. Und im VRR sind es 630 Haltestellen.

(Zuruf von Oliver Krauß [CDU])

Alleine für die Errichtung der vorhin schon erwähnten Stelen mit den Infotafeln schätzt der NVR Kosten in Höhe von 7,6 Millionen Euro. Die jährlichen Betriebskosten kommen natürlich noch mal obendrauf, und auch die sind konservativen Schätzungen zufolge nicht gering. Die Betriebskosten für eine Mobilstation, zum Beispiel in Altenbeken – das ist eine kleine Landgemeinde im Kreis Paderborn – betragen laut dieses NVR-Gutachtens 10.000 Euro jährlich.

Wir alle – auch Sie – finden sicherlich bessere Wege, um unser Gemeinwohl und auch Mobilität zu stärken. Bitter nötig hat es – ich kann es nur immer wieder betonen – der ländliche Raum.

Der Antrag ist in Gänze eine reine Selbstdarstellung – da hat Kollege Löcker völlig recht –, eine Art Projektionsfläche, damit Sie sich wieder selbst als Zukunftscoalition framen und Abschnitte Ihres in Teilen religiös anmutenden Koalitionspapiers vortragen können.

Als demokratische Partei stimmen wir von der AfD für sinnvolle Investitionen und daher gegen diesen Antrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Danke sehr, Herr Abgeordneter Esser. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Krischer.

**Oliver Krischer,** Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Was ist einer der Hauptgründe, weshalb Menschen nicht den öffentlichen Verkehr nutzen? Einer der Gründe ist, dass sie irgendwo an einer Haltestelle, an einem Bahnhof ankommen und dann oft die letzte Meile zu ihrem Ziel nicht überbrücken können. Schon allein das ist – neben allen anderen Funktionen – eine Begründung für die Einrichtung von Mobilstationen.

Mobilstationen verknüpfen verschiedene Mobilitätsangebote an einem Ort und ermöglichen es so, flexibel zwischen motorisiertem Individualverkehr, Nahmobilität, ÖPNV und Sharing zu wechseln. Mobilstationen sind ein zentrales Element für ein modernes und attraktives Mobilitätssystem, das eine Mobilität ohne Auto ermöglicht. Wer das im Jahr 2023 noch infrage stellt, hat die Welt, wie sie heute ist, nicht verstanden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Landesregierung unterstützt Planung und Bau von Mobilstationen auf vielfältige Weise. Wir haben unter anderem – es wurde eben schon erwähnt – das

Basisnetz der Mobilstationen für die SPNV-Aufgabenträger gefördert. Den Städten und Gemeinden stehen zahlreiche Fördermittel für die Erstellung weiterer Feinkonzepte und für die Umsetzung zur Verfügung.

Ich kann Ihnen auch sagen: Dieses Mobilitätsangebot wird intensiv genutzt. Ich verstehe aber nicht, dass ich hier aus manchen Reden heraushören musste, dass alles gut sei usw. Man muss nämlich auch deutlich sagen: Die SPNV-Zweckverbände haben 1.700 Standorte ermittelt, wir sind aber noch weit davon entfernt, all diese Standorte zu realisieren. Das ist eine große Herausforderung, die wir gemeinsam schultern müssen. Die Landesregierung stellt sich dieser Herausforderung und treibt den Ausbau von Mobilstationen auf vielfältige Art und Weise mit voran; genauso wie sie beispielsweise das Zukunftsnetz Mobilität fördert, das die intermodale Mobilität in den Städten unterstützt, das den Kommunen hilft, hier voranzukommen und individuelle, lokal verankerte Lösungen zu finden.

Es ist richtig: Die Förderung von Mobilstationen ist an vielen Stellen nicht einfach. Das liegt in der Natur der Sache begründet. Wir haben es hier oft mit Bahnhöfen zu tun, wir haben es hier mit Individualverkehr zu tun, wir haben es mit privaten Betreibern von Sharingstationen zu tun usw. Das macht die Förderung kompliziert, und deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Koalitionsfraktionen in den Antrag hineingeschrieben haben, dass wir zwischen den verschiedenen Fördergebern – Bund, Land, SPNV, Zweckverbände; alle, die hier aktiv sind – zu einer besseren Abstimmung kommen müssen.

Das sind die ganz realen Probleme, um die es bei den Kommunen geht. Deshalb ist es gut, dass wir hier entsprechend vorgehen und die Koalitionsfraktionen uns dabei unterstützen, die Förderbedingungen zu verbessern, damit noch mehr Mobilstationen errichtet werden können.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich finde einen weiteren Punkt, der im Antrag adressiert wird, wichtig und richtig: Mobilstationen sind in der Tat Orte, an denen sich Menschen treffen, an denen sie täglich vorbeikommen. Sie sollten eine hohe Attraktivität haben, damit die Hemmschwelle, sie tatsächlich zu benutzen, möglichst niedrig ist. Dazu gehört im Jahr 2023 auch, dass es eine nachhaltige Energieversorgung gibt, dass wir die Zeichen der Zeit erkennen und das an den Mobilstationen entsprechend entwickeln und realisieren.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die Landesregierung diesen Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich und freut sich darüber, dass er hier zur Debatte steht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Minister Krischer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/3674. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/3674** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis bei Nichtanwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **angenommen**.

Ich rufe auf:

### **10 Mehr Chancengleichheit im Studium! Die Landesregierung muss einen Masterplan für den Übergang von der Schule an die Hochschule vorlegen!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/3667

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD der Abgeordneten Siebel das Wort.

(Beifall von der SPD)

**Christin Siebel**<sup>\*)</sup> (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht ist es nicht allen von uns klar, aber ein Studium aufzunehmen, bringt viele Herausforderungen mit sich: die notwendigen Kompetenzen aus der Schule mitzunehmen; das richtige Studienfach auszuwählen; sich an einer Hochschule, vielleicht in einer neuen Stadt, zurechtzufinden; einen neuen Freundeskreis aufzubauen; die ersten neuen Fachbegriffe der akademischen Welt kennenzulernen und das komische Gefühl der Unsicherheit beim ersten Gebrauch eben jener.

Viele von uns haben das erfolgreich hinter sich gebracht. Vielleicht stammen einige in diesem Hause aus Familien ohne akademischen Hintergrund, wie ich selbst, und können sich an die Herausforderungen erinnern. Vielleicht haben einige auch vergessen, wie schwierig das manchmal war.

Fakt ist: Die Voraussetzungen von jungen Menschen für ein erfolgreiches Studium sind sehr unterschiedlich. Kinder aus einem Akademikerhaushalt haben andere persönliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start ins Studium als Kinder aus Familien ohne einen akademischen Hintergrund. Studierende